

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark, für 1 Monat 1 Mark. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13095.

**Inserats** kosten die 7 gespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4. — Mark jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5. — Mark. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Eine Alliiertenkonferenz in Rom.

Kämpfe am Sereth. — Jofani und Braila bedroht. — Ein englischer Truppentransportdampfer versenkt.

### Jahrestage des Weltkriegs.

5. Januar 1916. Nachlassen der Kämpfe in Tavoronk. — Lens von den Franzosen beschossen. — Geschützkämpfe an den Dardanellen. — Im englischen Unterhaus das Wehrpflichtgesetz eingebracht.  
6. Januar 1916. Kämpfe am Sarimannusweilerkopf. — Die österreichischen Truppen nähern sich Berane (Montenegro). — In der holländischen Küste das englische Unterseeboot E 17 auf Grund geraten. — Der englische Gewerkschaftskongress gegen die Wehrvorlage.

### Die neuesten Meldungen.

#### Neue Alliierten.

Wien, 4. Januar. Der amerikanische Oberst Emerson veröffentlicht in der N. Y. Presse eine Unterredung mit General Jelow. Als die nächste Zeit erwartet Jelow keine großen Operationen. Als der Krieg sei noch ein wilderes Aufblühen der Offensivversuche der Feinde als im vergangenen Jahre zu erwarten und zwar hauptsächlich an der Westfront. Aber was Joffre, Frensch, Dols und Rittener nicht hätten schaffen können, werden ihre Nachfolger auch nicht schaffen. Der Krieg wird schließlich nicht durch die weitere Niederwertigung von ganzen Heeren enden, sondern durch die Ermüdung der am meisten betroffenen Völker. Der Krieg werde enden nicht mit der Unterdrückung des sogenannten deutschen Militarismus, sondern mit einer gewaltigen Stärke der militärischen Vorbereitungen in allen europäischen Ländern. Wir Bulgaren sowie unsere mächtigen Verbündeten werden nach unserm endgültigen Sieg härter dastehen als je zuvor, und unser Bündnis, anstatt lockerer zu werden, wird so festgefasset sein, daß seine Widerstandsfähigkeit unsern Feinden solchen Respekt einflößen wird, daß wir wohl darauf bauen können, endlich auf dem Balkan Frieden zu haben für eine ruhige kulturelle Entwicklung.

### Wilson und die deutschen Friedensbestrebungen.

Saar, 5. Januar. Dahn Kemp meldet, daß Präsident Wilson mehr weiß von den deutschen Friedensbestrebungen, als öffentlich bekannt sei. Es herrsche die Meinung vor, daß Deutschlands Friedensbemühungen noch nicht zum Abschluß gekommen seien und daß weitere Vorschläge, die wahrscheinlich einen bestimmten Charakter tragen, in Kürze gemacht werden. (Frankf. Ztg.)

Basel, 5. Januar. Aus Washington wird dem Zeit Pariser gemeldet: Präsident Wilson hatte im Kapitäl eine längere Konferenz mit dem Senator Stone, dem Präsidenten der Kammer für die auswärtigen Angelegenheiten, über die Antwort der Entente auf die Friedensnote. Es wird kein weiterer Schritt vor Eingang der Antwort der Entente auf die Note Wilsons unternommen werden. (Frankf. Ztg.)

Saar, 5. Januar. Ein Leitartikel des Manchester Guardian spricht die Erwartung aus, daß die Zentralmächte ihre Friedensbemühungen nicht aufgeben und hofft, daß die Zentralmächte nach der Abgabe der Mitteilungen diesen ihre Friedensbedingungen mitteilen. (Frankf. Ztg.)

Basel, 5. Januar. Nach einer Davandmeldung aus Paris wird dem Herald aus New York gemeldet: Ungeachtet über die Bemühungen, der Note Wilsons den Anschein eines gegen die Entente gerichteten Wanders zu geben, gibt die Regierung bekannt, daß die Völkervertrags und Gesandten der Bereinigten Staaten den neutralen Staaten zu verstehen gegeben hätten, daß, falls sie beschließen, Schritte zugunsten des Friedens zu tun, der Augenblick hierfür günstig sei. (Frankf. Ztg.)

### Begnädigung Kramarschs.

Wien, 5. Jan. Der Kaiser begnadigte Dr. Karl Kramarsch, Dr. Alois Rastl, den Sekretär der Narodni Listy, Cernik und den Privatbeamten Zamara. Die verhängte Todesstrafe wurde in eine schwere verhängte Kerkerstrafe umgewandelt und zwar erhielt Kramarsch 15 Jahre, Rastl 10 Jahre und Cernik und Zamara je 6 Jahre.

**Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 4. Januar befinden sich auf der 3. Seite.**

**Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.**

### Fernwirkung.

Als der Krieg ausbrach und die Kriegspresse in den gegnerischen Ländern sich bedingungslos in den Dienst der Völkerverfeindung stellte, erlitt in vielen bürgerlichen und leider auch in einigen sozialdemokratischen Organen die Klage, die böse Opposition habe vor dem Kriege mit ihrer Anfeindung der herrschenden Ordnung, mit ihren Uebertreibungen und Verallgemeinerungen dem „schändlichen Zustand“ das Material zum Kampf gegen Deutschland geliefert. Lange spulte dieses Gespenst der „Fernwirkung“ durch unsere bürgerliche und sozialpatriotische Presse, bis es schließlich an eigener Blutleere einging und mehr und mehr der Erkenntnis wich, daß weder die Einschränkung der freien Meinungsäußerung, noch freiwilliges Offizientum und Schönfärberei dem Auslande eine bessere Vorstellung von unseren innerpolitischen Zuständen beizubringen vermag, als dies durch ungehinderten, lebendig pulsierenden Kampf der Meinungen geschehen könnte. Ebenso erging es auch der am Ende des ersten Kriegsjahres aufgetauchten Beschuldigung, die sozialdemokratische „Wahrheit“ drücke durch ihre Verleumdung der „Politik vom 4. August“ den Feinden Deutschlands neue Waffen in die Hand. Kein Politiker, der ernst genommen werden will, wird heute etwa gegen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und die zu ihr haltende Presse, wie gegen die Opposition überhaupt, diese Beschuldigung aufrechtzuerhalten wagen, und nur einigen Führern der „Wahrheit“, wie David und Stampfer, bleibt es vorbehalten, in Parlament und Presse von Zeit zu Zeit noch von dieser veralteten Waffe Gebrauch zu machen.

Um so interessanter erscheint es, festzustellen, was für ein Bild der innerpolitischen Zustände Deutschlands die Presse des gegnerischen Auslands sich gerade auf Grund der Neuerungen der bürgerlichen und sozialpatriotischen Presse macht. Ein sehr lehrreiches Beispiel dafür liegen uns in zwei Artikeln der Petersburger Retich, des führenden liberalen Organs Russlands, vor, die sich sehr eingehend mit der innerpolitischen Lage Deutschlands und dem deutschen Friedensangebot befassen. Material zu seinen Artikeln liefern dem Verfasser, der eine gute Kenntnis der inneren deutschen Politik verrät, hauptsächlich die großen bürgerlichen Organe und von der sozialdemokratischen Presse — der neue Vorwärts. Welches ist nun das Bild, das er auf Grund dieses sicherlich hochrespektablen Materials vom heutigen Deutschland entwirft?

Im ersten Artikel (Nr. 336 vom 6./10. Dezember) untersucht der Verfasser, wie die materiellen Lebensbedingungen und die politischen Stimmungen des deutschen Volkes sich zum 12. Dezember gestaltet hatten, um auf diese Weise eine Antwort auf die Frage zu finden, was die eigentlichen Gründe des überraschenden deutschen Friedensangebots gewesen seien. Eine dieser Ursachen sieht er darin, daß die deutsche Regierung sich wiederum vor den Interessen der Agrarier als machtlos erwiesen habe. Selbst Hindenburg habe sich in seinem bekannten Brief an den Reichskanzler zu dem Hinweis genötigt gesehen, in den rein landwirtschaftlichen Gebieten Deutschlands und in den Kreisen der führenden Männer der deutschen Landwirtschaft scheine man nicht genügend von dem Ernst der Lage unterrichtet zu sein. Auch sein weiterer Hinweis darauf, daß das Kriegsernährungsamt „der einmütigen hingebenden Mitwirkung der Landeszentralbehörden“ bedürfe, sei in Deutschland von allen verstanden worden. Es sei vor allem die preussische Verwaltung, in der die Großgrundbesitzer sich unannehmbarere Positionen verschafft hätten, von denen aus sie alle Angriffe der Reichsregierung und der öffentlichen Meinung abschlugen.

Diesen Satz sucht der Verfasser durch eine Wiedergabe der Reden und Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus zu belegen. Die sozialdemokratische Anregung einer zwangsweisen Regelung der landwirtschaftlichen Erzeugung sei auf den Widerstand der Landtagsmehrheit gestoßen. Aus den Landtagsverhandlungen habe sich auch ergeben, daß die preussischen Landwirte gegenwärtig glänzend prosperieren und an verschiedenen Orten ihre sämtlichen Schulden abgetragen hätten. Wie sollte also der Landtag die Worte Schorlemers in den Wind schlagen, der Schuß der Landwirtschaft sei eine grundlegende Aufgabe des Staates? Ueber den Hinweis Hindenburgs, daß das Staatsinteresse unter der jetzigen Blüte der

Landwirtschaft leide, habe dieser Minister freilich vorgezogen, Stillschweigen zu bewahren.

Wird nun — fragt der Verfasser der Retich-Artikel — das Zivildienstgesetz wesentliche Änderungen in diese Lage hineintragen? „Vorläufig“ — antwortet er — „ist die Arbeit vom Staat requiriert worden. Jedoch das Kapital als solches behält seine bisherige Stellung bei“. Weder die Kriegindustrie, noch die Landwirtschaft braucht sich Sorgen zu machen: sie würden im Gegenteil durch den Zivildienst mit neuen Arbeitskräften versehen werden. In schlimmerer Lage jedoch befänden sich die andern Industriezweige. Die Umfrage des Berliner Tageblatts bei den Vertretern verschiedener Großunternehmungen beweise, daß zur Genüge. Es sei klar, jetzt handle es sich nicht mehr um vorübergehende Entbehrungen und Einschränkungen, sondern darum, daß die Grundlagen des Wohlstandes in den Strudel des Krieges geworfen würden. Zu gleicher Zeit erfahren die Klassen gegenüber keine Abschwächung, sondern eine zunehmende Verschärfung.

Diesen Satz behandelt der Verfasser ausführlich in einem zweiten Artikel. Die gemeinsame Wirkung der englischen Seeherrschaft und der politischen Macht der Agrarier führe zu einer fortgesetzten Verschärfung der Lebensmittelnot. Der „Kriegssozialismus“ könne daran nichts ändern, denn immer offenkundiger werde es, daß dieses System zu einem Regime der „organisierten Ungleichheit“ geführt habe. Die Einführung des „Zivildienstgesetzes“ könne nur eine Verschärfung der Gegensätze herbeiführen.

Nach dieser Charakteristik des sozialen Unterbaus Deutschlands, wie er sich zur Zeit gestaltet habe, schildert der Verfasser die Haltung der Parteien in der Friedensfrage, wie sie ihm in den Neuerungen ihrer maßgebenden Organe entgegentritt. In der Haltung des Großgrundbesitzes und des Großkapitals, die vor und während des Krieges die Hauptträger des deutschen „Weltmachtgedankens“ waren, glaubt der Verfasser eine gewisse Schwächung feststellen zu können. Noch vor einem Jahre sei die Ideologie dieser Klassen, die in der Denkschrift der sechs Wirtschaftsverbände ihren Ausdruck fand, in der öffentlichen Meinung Deutschlands vorherrschend gewesen. Damals sei auch ihr Programm das offizielle Programm der Regierung gewesen. Jetzt habe sich die Sachlage gewandelt. Jetzt laufe das Programm und die Politik dieser Gruppe auf den Satz hinaus: Separatfrieden mit Rußland zur Weiterführung des Krieges im Westen. Als konkretes Ziel stehe jetzt weniger das Programm „Berlin-Bagdad“ im Vordergrund, als die Beherrschung Belgiens, als eines maritimen und wirtschaftlichen Kampfes gegen England, und die Erwerbung des nordfranzösischen Eisenerzreviers. Träger dieses Programms seien die Konserverativen als die Vertreter der agrarischen Interessen, die Nationalliberalen, einige liberale Kreise, die sich um die Redaktion der Volkszeitung gruppieren. Diese Gruppen seien es auch, die die berüchtigte Kanzlerfronde bildeten.

Ihnen stehe im andern Lager die sozialdemokratische „Wahrheit“ gegenüber, der sich immer größere Kreise der liberalen Bourgeoisie, vertreten durch die Frankfurter Zeitung und des Berliner Tageblatts anschließen. Es sei freilich schwer zu sagen, inwieweit diese liberalen Kreise den sozialdemokratischen Standpunkt akzeptieren, allein dieser Standpunkt selbst sei vollkommen klar. Er enthalte die Forderung des Friedens, eines Friedens ohne Annexionen, erzielt auf dem Wege der Verständigung.

In ihrem Kampf gegen die Fronde begannen Scheidemann und Genossen allmählich fast die Rolle des Kanalarbeiterführers zu spielen. Ihre Politik besteht darin, die unbestimmten Absicherungen Bethmanns-Hollwegs in wirtschaftlichem Sinne anzulegen, die Regierung an bestimmte Worte zu „binden“ und sie in wünschenswerter Richtung vorwärts zu treiben.

Welche Haltung, fährt der Verfasser fort, nimmt nun die Regierung im Kampfe der geschilderten zwei Lager ein? Bethmann-Hollweg schien, als Scheidemann seine Äußerung über Belgien in dem von ihm gewünschten Sinne auslegte. Er schwieg aber auch, als die Vertreter der andern Parteien seinen Worten eine entgegengelegte Auslegung gaben.

Die Frage, wie die persönlichen Anschauungen Herrn von Bethmann-Hollwegs geartet sind, dürfte kaum von großem Interesse